

# Wahlprüfsteine: Lesben- und Schwulenverband Baden-Württemberg

## **Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte“ evaluieren und fortentwickeln – LSBTTIQ Selbsthilfe langfristig absichern**

*Seit 2015 gibt es in Baden-Württemberg den Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte“. In der neuen Legislaturperiode muss der Aktionsplan evaluiert und vor allem auch weiterentwickelt werden. Dabei sollte es ein breites Beteiligungsverfahren queerer Vereine und Verbände geben. Darüber hinaus ist es wichtig, dass sowohl die Maßnahmen im Aktionsplan als auch die durch das Land geförderten Projekte der LSBTTIQ-Selbsthilfe langfristig abgesichert werden.*

### **1.) Wie wollen Sie dafür sorgen, dass der Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte“ evaluiert und vor allem unter breiter Beteiligung der queeren Vereine und Verbände weiterentwickelt wird?**

Wir Grüne sind die parteipolitischen Initiator\*innen des Aktionsplans. Wir hatten ihn bereits in unserem Wahlprogramm 2011 gefordert und haben ihn dann mit dem Regierungsantritt gemeinsam mit der LSBTTIQ-Community entwickelt. Er ist im Ergebnis ein Musterbeispiel dafür, wie Zivilgesellschaft und Politik konstruktiv zusammenarbeiten können. Der Aktionsplan ist sowohl im Koalitionsvertrag von 2011 als auch von 2016 enthalten. Gleiches streben wir auch für 2021 an. Ebenfalls für die nächste Legislaturperiode ist von uns vorgesehen, den Aktionsplan unter Einbeziehung der queeren Vereine und Verbände zu evaluieren und weiterzuentwickeln.

### **2.) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Landesregierung einmal im Jahr zum Stand der Umsetzung des Aktionsplans dem Landtag berichtet?**

Eine regelmäßige öffentliche Debatte im Parlament darüber, wo wir bei der Umsetzung des Aktionsplans stehen, ist wichtig und wünschenswert, um für diese wichtigen Anliegen eine entsprechende Öffentlichkeit herzustellen.

### **3.) Welche Vorschläge haben Sie, um sicherzustellen, dass LSBTTIQ-Beratungs- und Unterstützungsprojekte eine langfristige und auskömmliche Finanzierung erhalten und es ausreichend Zugang zu Beratungsstellen gibt, die auf den Themenbereich Trans- und Intergeschlechtlichkeit spezialisiert sind?**

Nachdem es uns gelungen ist, den Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg“ schon im Doppelhaushalt 2018/2019 zu verankern, führen wir die Finanzierung im aktuellen Doppelhaushalt 2020/2021 mit insgesamt 400 000 Euro fort. Mit diesen Mitteln wird u. a. die Beratungsinfrastruktur finanziert. Unser Ziel ist es, diese langfristig und möglichst flächendeckend in Baden-Württemberg auszubauen. Beratungsstellen und andere Unterstützungsangebote, die in Städten vielfach von engagierten Institutionen angeboten werden, fehlen im ländlichen Raum oft. Wir werden deshalb hier Angebote ausbauen, die Kinder, Jugendliche und Erwachsene beraten und unterstützen. Wo dies nicht möglich ist, wollen wir Hotlines und Online-Beratungen installieren.

## Lesbische Sichtbarkeit fördern – Aktivist\*innen stärken

*Lesben werden oft mitgemeint, wenn von „Frauen“, „LSBTTIQ“ oder „Homosexuellen“ gesprochen wird. Dabei werden die Bedürfnisse und Belange von Lesben in Gesellschaft, Politik und Öffentlichkeit, aber auch in der Community wenig bis gar nicht thematisiert. Lesben werden sowohl mit ihren Potentialen als auch mit ihren spezifischen Ausgrenzungserfahrungen ignoriert oder nur unzureichend wahrgenommen. So sind Schwarze Lesben, Lesben of Color, migrantische Lesben, körperlich und geistig beeinträchtigte Lesben, Lesben aus der Arbeiter\*innenklasse, akademische und nicht-akademische Lesben, Lesben mit Fluchterfahrung, alte Lesben und lesbische Transfrauen zusätzlich von Mehrfachdiskriminierung betroffen.*

- 4.) Wollen Sie sich dafür einsetzen, dass das Thema „lesbische Sichtbarkeit“ im Jahr 2021/2022 Schwerpunktthema bei der Antidiskriminierungsarbeit in Baden-Württemberg werden könnte? Etwa im Rahmen des Aktionsplans „Für Akzeptanz & gleiche Rechte“ mit spezifischen Veranstaltungen und Projekten? Welche Möglichkeiten sehen Sie noch, auch zur Förderung?**

Wir Grüne haben es uns als Ziel gesetzt, dass Vielfalt in allen Facetten sichtbar wird und bleibt. Als einzige Partei haben wir auf Bundesebene ein Vielfaltsstatut verankert, um dieses Ziel auch innerhalb unserer Partei voranzubringen. Einen Schwerpunkt „lesbische Sichtbarkeit“ könnten wir uns – in Abstimmung mit dem Landesnetzwerk LSBTTIQ – im evaluierten und weiterentwickelten Aktionsplan durchaus vorstellen. „Lesben raus! Für mehr lesbische Sichtbarkeit“ ist für uns mehr als ein Buchtitel!

- 5.) Wie wollen Sie dafür sorgen, dass das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Mädchen\*arbeit in Baden-Württemberg selbstverständlich mitgedacht und berücksichtigt wird und so lesbische Mädchen\* und junge Frauen\* gestärkt werden und die Vernetzung gefördert wird?**

In der Studie, die im Rahmen des Masterplan Jugend entstanden ist, wird die Vielfalt von Geschlecht und sexueller Orientierung in der Jugendarbeit untersucht. Vor allem Fortbildungen im Bereich der Mädchenarbeit (LAG Mädchen\*politik und Netzwerk LSBTTIQ) sollen das Thema geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung aufgreifen. Trotz zahlreicher Fachtage, Fortbildungen und Projekte gibt es aber noch viel zu tun. Deshalb wollen wir die projektbezogenen Förderungen in eine institutionelle Finanzierung überführen. Für uns Grüne ist dies ein Thema, das fest verankert werden muss, wenn der Masterplan Jugend über das Jahr 2021 hinaus fortgeschrieben wird. Daneben wollen wir mehr Qualifizierungsangebote in der offenen Kinder- und Jugendarbeit schaffen und die strukturellen Beratungs- und Gruppenangebote für LSBTTIQ-Jugendliche im ländlichen Raum ausbauen.

## Vielfalt und Respekt in Schule und Bildung fördern

*Schulen sollen Orte sein, an denen sich alle Kinder und Jugendliche sicher und wertgeschätzt fühlen. Dies ist jedoch oft nicht der Fall. So sind für LSBTTIQ an vielen Schulen Ausgrenzung und Mobbing, ausgeübt als psychische und oft auch körperliche Gewalt, ein Problem. Gesellschaftliche Vielfalt gehört zum heutigen Alltag, und Schule muss darauf vorbereiten. Die Sichtbarkeit von vielfältigen Identitäten in Schule und Unterricht ist ein wichtiger Bestandteil davon. Seit dem Schuljahr 2016/2017 sind die neuen Bildungspläne in Baden-Württemberg in Kraft. Darin sind sechs Leitperspektiven verankert, darunter auch für das Thema „sexuelle und geschlechtliche Vielfalt“. Trotzdem hat es das Kultusministerium bisher nicht geschafft, die Lebensrealitäten von LSBTTIQ in Schule, Unterricht und Lehrkräftefortbildungen zu berücksichtigen oder fachbezogene Ansprechpersonen in der Schulverwaltung zu etablieren.*

**6.) Wie wollen Sie dafür sorgen, dass die Lebenswirklichkeiten von LSBTTIQ in Schule, besonders auch in der Primarstufe und in der Lehrkräfteaus- und -fortbildung, berücksichtigt werden und nicht nur auf dem Papier des Bildungsplans bestehen?**

In dem seit 2016 geltenden Bildungsplan ist es uns gelungen, gemeinsam mit der Elternschaft und der LSBTTIQ-Community die Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ zu verankern. Es braucht aber eine stärkere Verbindlichkeit und bessere Überprüfbarkeit. Um die Leitperspektive umzusetzen, sind Unterrichtsmaterialien, Aufklärungsprojekte und Fortbildungen notwendig. Die Handreichung „Alle Farben im Blick?!?“ für Schulpsycholog\*innen und Beratungslehrkräfte ist erst im Dezember 2020 veröffentlicht worden.

Unser Ziel für die nächste Legislatur ist es, die Sichtbarkeit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in den Lehrplänen Baden-Württembergs weiter zu erhöhen. Dazu gehört auch, dass wir unser pädagogisches und psychologisches Personal konsequent aus- und weiterbilden. Wir wollen, dass an jeder Schule eine Lehrperson das Diversity-Management koordiniert und Ansprechpartner\*in ist, um diese Leitperspektive umzusetzen.

**7.) In vielen Bundesländern gibt es LSBTTIQ-Projekte zur Aufklärung in Schulen. Diese Projekte werden von den Schulverwaltungen unterstützt und können direkt von den jeweiligen Schulen angefragt werden. Wollen Sie sich dafür einsetzen, dass im Rahmen eines Modellprojektes die Förderung eines landesweit tätigen LSBTTIQ-sensiblen Schulaufklärungsprojektes ausgeschrieben und gefördert wird?**

Ja, wir brauchen dringend mehr Peer-to-Peer-Aufklärungsprojekte in den Schulen. Sie spielen eine zentrale Rolle dabei, die Leitperspektive umzusetzen. Verschiedene Beratungsstellen bieten solche Aufklärungsprojekte an, aber in großen Teilen des Landes gibt es diese Angebote nicht. Deshalb wäre eine flächendeckende Ausweitung und vor allem eine institutionelle Förderung wichtig. Ein Modellprojekt wäre dabei sicherlich sehr hilfreich.

**8.) Wie möchten Sie sicherstellen, dass intergeschlechtlichen und transgeschlechtlichen Kindern Zugang zu adäquaten Sanitärräumen und Umkleidekabinen geschaffen wird, und wie sollen die notwendigen baulichen Veränderungen finanziert werden?**

Wir Grüne stehen für eine inklusive Schule in allen Bereichen und setzen uns in diesem Zusammenhang auch für Unisex-Sanitärräume und -Umkleidekabinen ein.

**9.) Wollen Sie dafür sorgen, dass in Schulämtern und an Schulen fachlich kompetente Ansprechpersonen für vielfältige Lebensweisen und Identitäten benannt und gefördert werden?**

Ja, das ist uns ein großes Anliegen. Eine solche Forderung haben wir in unserem Wahlprogramm verankert. Als Vorbild können hier die Ansprechpersonen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der Polizei in Baden-Württemberg dienen.

**10.) Welche Ideen haben Sie, um dafür zu sorgen, dass vielfaltsabbildende Unterrichtsmaterialien (bspw. Schulbücher und Arbeitsblätter) für Lehrkräfte und Erziehende entsprechend angepasst werden und zum Einsatz kommen?**

Unser Ziel ist es, in der nächsten Legislatur die Sichtbarkeit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in den Lehrplänen Baden-Württembergs weiter zu erhöhen.

## Frei und sicher leben – LSBTTIQ-feindliche Gewalt entschieden bekämpfen

### **11.) Wie wollen Sie in der neuen Legislaturperiode dafür sorgen, dass in Baden-Württemberg LSBTTIQ-feindliche Hassgewalt wirkungsvoll bekämpft wird?**

Wir Grüne stehen fest zu den Werten unseres Grundgesetzes und verteidigen unsere Gesellschaft gegen rassistisches, rechtsextremes und menschenverachtendes Gedankengut. Deshalb werden wir einen Aktionsplan gegen Hasskriminalität auflegen. Mit Herz und Haltung wollen wir Hass und Hetze entgegentreten. Wir wollen Betroffene besser unterstützen, Polizei und Justiz stärker sensibilisieren und die Strafverfolgung effektiver gestalten. Zudem wollen wir die Prävention stärken, damit es erst gar nicht zu Hasskriminalität kommt.

### **12.) Beabsichtigen Sie sich dafür einzusetzen, dass in Baden-Württemberg eine Studie in Auftrag gegeben wird, um empirische Daten über Ausmaß, Erscheinungsformen und Hintergründe sowie belastbare Erkenntnisse über den Umgang von Polizei und Justiz mit LSBTTIQ-feindlicher Gewalt zu erlangen?**

Ja, eine solche Studie soll im Kontext des genannten Aktionsplans gegen Hasskriminalität initiiert und durchgeführt werden.

### **13.) Berlin ist derzeit das einzige Bundesland, das jährlich Zahlen zu homosexuellen- und trans\*feindlicher Hasskriminalität veröffentlicht. Werden Sie in Ihrer Amtszeit dafür sorgen, dass diese Zahlen auch in der Polizeilichen Kriminalstatistik für Baden-Württemberg extra ausgewiesen werden?**

Ja, das ist unser Ziel. Immer wieder kommt es zu gewalttätigen Übergriffen oder Anfeindungen gegen LSBTTIQ-Menschen. Wir fordern eine Reform der polizeilichen Erfassungssysteme, damit Hasskriminalität detailliert aufgeschlüsselt und in ihren realen Ausmaßen gesellschaftlich sichtbar wird. Sie muss differenziert nach betroffenen Gruppen ausgewiesen werden.

### **14.) Mit welchen konkreten Maßnahmen werden Sie zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Baden-Württemberg beitragen und wie stellen Sie dabei sicher, dass auch die Bedarfe von trans\* Personen, die geschlechts-spezifische Gewalt erfahren, adressiert werden?**

Die Istanbul-Konvention wurde von der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2017 ratifiziert. Damit ist sie natürlich auch für Baden-Württemberg verbindlich. Wir Grüne werden uns dafür einsetzen, dass alle Beratungsstellen für die Betroffenen von geschlechtsspezifischer Gewalt auch im Hinblick auf Trans\*personen geschult sind. Im Übrigen treten wir für den Opferschutz bei allen Personen ein!

## Regenbogenfamilien stärken – Familienvielfalt wertschätzen

*Tausende Kinder wachsen derzeit in Deutschland in Familien mit mindestens einem lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und/oder intergeschlechtlichem Elternteil auf. Eine moderne Familienpolitik sollte alle Menschen unterstützen, die Kindern in ihrem Leben einen Platz geben und ihnen helfen zu wachsen und sich gut zu entwickeln. Es gibt vielfältige Formen von Familie. Regenbogenfamilien gehören genauso dazu wie Mehrelternmodelle oder auch Alleinerziehende.*

### **15.) Was wollen Sie tun, um das Bewusstsein für einen sach- und zeitgemäßen Umgang mit Regenbogenfamilien in Institutionen der Familienplanung bzw. -hilfe oder des Familienalltags in Baden-Württemberg zu fördern?**

Familie heißt: Menschen übernehmen dauerhaft füreinander Verantwortung, kümmern sich umeinander und sind füreinander da. Das unterstützen wir Grüne in aller Vielfalt: mit oder ohne Trauschein, alleinerziehend oder mit Partner\*in, mehr- oder gleichgeschlechtlich, mit und ohne Migrationshintergrund, im Rahmen einer biologischen Elternschaft oder als Pflege- und Adoptivfamilie, als Patchwork oder Mehr-Eltern-Konstellation. All diese Familienformen leisten einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Daher fördern wir alle Familien dort, wo die Hilfe notwendig ist.

**16.) Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Kinder und Eltern in Regenbogenfamilien in Kindertagesstätten, Schulen und Verwaltungen berücksichtigt und akzeptiert werden?**

Akzeptanz von Vielfalt ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, den wir Grüne auf vielfältige Weise unterstützen. Hier ist u. a. der Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg“ zu nennen. Auch in den Kommunen hat sich hier viel getan. So sind etwa viele Städte und Gemeinden der Charta der Vielfalt beigetreten – vielerorts auf Initiative der Grünen Gemeinderatsfraktionen.

**17.) Seit Oktober 2020 gibt es in Stuttgart Baden-Württembergs erste und bisher einzige Beratungs- und Unterstützungsstelle für Regenbogenfamilien (BerTA) – kommunal finanziert. Könnten Sie sich ähnliche Modelle für Beratungsstellen auch auf Landesebene vorstellen?**

Die Beratungs- und Unterstützungsstelle für Regenbogenfamilien in Stuttgart kann sich zu einer Blaupause für ähnliche Angebote in den Regionen entwickeln. Auch hier gilt – wie bei allen Beratungsangeboten – das Subsidiaritätsprinzip: D. h. der Staat überträgt soziale Aufgaben auf freie Träger, um Vielfalt und Wahlfreiheit sicherzustellen. Das Land kann für solche Beratungsangebote den rechtlichen Rahmen schaffen und die Kommunen unterstützen. Dafür werden wir Grüne uns gerne einsetzen.

## **Auswirkungen von Corona auf LSBTTIQ abmildern – Queere Räume absichern**

*Die Pandemie bestimmte das Jahr 2020 und wird uns zukünftig noch beschäftigen. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen und Verwerfungen daraus sind nicht abzusehen. Corona verstärkte auch die Verletzlichkeiten und Ungleichheiten von LSBTTIQ. Viel zu wenig wurden die unterschiedlichen Auswirkungen von Corona sowie der Maßnahmen zur Eindämmung auf unterschiedliche Communities in der Debatte beleuchtet. Verordnungen und Maßnahmen waren in den letzten Monaten geprägt von einem heteronormativen Familienbild, das Diskriminierungserfahrungen und Lebensrealitäten von LSBTTIQ nicht berücksichtigte. Für die gesamte Community ist der anhaltende Wegfall von wichtiger Infrastruktur eine besondere Schwierigkeit. Hilfs- und Unterstützungsangebote, die sich gezielt an LSBTTIQ und ihre Bedürfnisse richten, wurden zurückgefahren. Einige Projekte und auch queere Räume existieren nicht mehr. Zudem besteht die Gefahr, dass die Finanzierung von queeren und anderen sozialen Projekten aufgrund der Schuldenlage der Kommunen in Zukunft auf wackligen Füßen steht oder vielleicht erheblich gekürzt wird.*

**18.) Was wollen Sie unternehmen, um Diskriminierungserfahrungen und die Verletzlichkeit von LSBTTIQ bei Schutz- und Eindämmungsmaßnahmen auf Landesebene mitzuberechnen?**

Wir Grüne sind uns der besonderen Situation von LSBTTIQ-Menschen bewusst. So werden Regelungen für heteronormative Familien den Bedürfnissen von LSBTTIQ-Menschen nicht immer gerecht. Familien und Sorggemeinschaften sind längst deutlich vielfältiger geworden. Und es darf kein Unterschied zwischen sozialer, rechtlicher oder biologischer Familie gemacht werden. Hier ist noch ein weiter Weg zu gehen. Wir Grüne gehen ihn gerne gemeinsam mit der Community.

**19.) Auch das Spenden-Sammeln ist erschwert. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es einen „queeren Rettungsschirm“ für Projekte und Räume geben wird, falls die Eindämmungsmaßnahmen weiter fortgesetzt werden müssen?**

Die bisherige Hilfe der grün-geführten Landesregierung war bereits vielfältig. Verschiedene Kulturförderprogramme kamen auch queeren Veranstaltenden zugute und die meisten Zentren für LSBTTIQ sind gefördert worden. Sollten die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie noch länger erforderlich sein, so werden wir sicher auch eine spezifische LSBTTIQ-Förderung in Betracht ziehen.

## **Lesbisches Gedenken anerkennen**

*Beim Erinnern an den Holocaust haben die Gedenkstätten an den Orten ehemaliger Konzentrations- und Vernichtungslager eine herausragende Bedeutung. Vielerorts haben sie, oft angestoßen aus der Zivilgesellschaft, in den vergangenen Jahrzehnten nach und nach das Schicksal schwuler und lesbischer Verfolgter in ihre Erinnerungsarbeit einbezogen. Ausdrücklich muss das Leid, das lesbischen Frauen\* und Mädchen\* angetan wurde, in den Blick genommen werden. Hier braucht es vor allem eine würdige Gedenkarbeit und Forschung.*

**20.) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Schicksal von lesbischen Frauen\* und Mädchen\* im nationalsozialistischen Unrechtsregime ein würdiges Gedenken in den baden-württembergischen Gedenkstätten bekommt und diese Verfolgungsgeschichte in der Gedenkarbeit sichtbar wird?**

Für uns Grüne ist es schwer zu ertragen, dass die Verfolgung lesbischer Frauen in der Nazizeit und der jungen Bundesrepublik totgeschwiegen wurde. Zwar gab es für lesbische Frauen keinen Strafrechtsparagrafen wie für schwule Männer. Dennoch waren sie der Verfolgung, mindestens aber der gesellschaftlichen Ächtung ausgesetzt. Aktuell wird dieses Thema durch einen Forschungsauftrag mit dem Titel „Alleinerziehende Frauen, Freundinnen, Frauenliebende Frauen – lesbische Lebenswelten im deutschen Südwesten (ca. 1920er bis 1960er Jahre) in Baden-Württemberg“ erforscht.

## **Gleichstellung und Akzeptanz im öffentlichen Handeln fördern**

*Der Schutz vor Diskriminierung im Rahmen öffentlichen Handelns und die Förderung einer Kultur von Vielfalt und Respekt in Baden-Württemberg sollte oberstes Ziel der Landesregierung sein. Eine entsprechende Landesantidiskriminierungsgesetzgebung kann dafür den richtigen Rahmen bieten und es Menschen ermöglichen, sich gegen Diskriminierungen durch öffentliche Stellen zur Wehr zu setzen. Ein zukünftiges baden-württembergisches Antidiskriminierungsgesetz könnte die bestehenden Schutzlücken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) schließen und gleichzeitig die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Landes stützen.*

**21.) Unterstützen Sie die Erstellung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes nach Vorbild des Landes Berlin?**

Das grün-geführte Sozialministerium hat 2018 die Landesantidiskriminierungsstelle Baden-Württemberg neu eingerichtet. Das ist ein großer grüner Erfolg und ein Meilenstein der baden-württembergischen Antidiskriminierungsarbeit. Als nächsten Schritt fordern wir Grüne ein Antidiskriminierungsgesetz, das nach dem Vorbild des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes ausgestaltet sein soll.



**22.) Wie wollen Sie den Beschluss zum dritten positiven Geschlechtseintrag in Baden-Württemberg auf allen Ebenen landespolitischen Handelns umsetzen und die Gleichstellung aller Geschlechter gleichermaßen fördern, um so auch Trans- und Intergeschlechtlichkeit, sowie nicht-binäre Lebensweisen stärker in den Fokus zu nehmen?**

Wir setzen den dritten positiven Geschlechtseintrag nach Maßgaben des Bundesgesetzes um. Wir sind uns aber der Tatsache bewusst, dass die bundesgesetzlichen Regelungen nur ein Anfang auf einem weiten Weg sein können.

## **Respekt und Akzeptanz von LSBTTIQ in der Arbeitswelt erhöhen**

**23.) Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Regenbogenkompetenz – d.h. den professionellen und diskriminierungsfreien Umgang mit Themen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt – von Führungskräften im Landesdienst zu erhöhen?**

Die grün-geführte Landesregierung setzt sich für Vielfalt und Diversity in der Landesverwaltung ein. Am 15. November 2012 ist das Land Baden-Württemberg deshalb der Charta der Vielfalt beigetreten. Ob im Ministerium, im Regierungspräsidium, im Landratsamt oder in einer der zahlreichen anderen nachgeordneten Behörden: Überall zählt die Akzeptanz von Vielfalt, die wir gemeinsam gestalten! So wächst Integration zu Gunsten der Gesamtgesellschaft – auch innerhalb unserer Landesverwaltung. Die Charta der Vielfalt ist für die Landesverwaltung dabei eine wichtige Leitlinie und bietet zusätzliche Motivation und Orientierung.

**24.) Beabsichtigen Sie Maßnahmen zu ergreifen, um bei privatwirtschaftlichen Unternehmen und kirchlichen Trägern für die Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten zu werben und ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld zu fördern? Falls ja, welche konkreten Ideen haben Sie hierzu?**

Baden-Württemberg soll Musterland für gute Arbeit sein. Jede\*r Arbeitnehmer\*in braucht einen Arbeitsplatz, an dem er\*sie diskriminierungsfrei arbeiten kann und in seiner Lebensweise akzeptiert wird. Eine Onlinebefragung zur Lebenssituation von LSBTTIQ-Menschen in Baden-Württemberg im Jahr 2014 hat zeigt, dass insgesamt 28 Prozent der Teilnehmenden in den vergangenen fünf Jahren aufgrund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität negative Erfahrungen am Arbeitsplatz gemacht haben. Viele Unternehmen haben bereits verstanden: Vielfalt stärkt ihren Betrieb. Eine offene Unternehmenskultur stärkt die Bindung an das Unternehmen, reduziert stressbedingte Krankheitsausfälle und steigert die Innovationskraft. Als Land und Arbeitgeber sind wir in einer Vorbildfunktion. Im Jahr 2012 haben wir die Selbstverpflichtung der Charta der Vielfalt unterzeichnet. Im Gespräch mit den Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden setzen wir uns für Schulungen zum Abbau von Diskriminierungen ein. Im Zusammenspiel mit den Kammern treten wir dafür ein, dass die Ausbildungsvertretungen für die Belange von LSBTTIQ-Menschen sensibilisiert und verstärkt darüber informiert werden. Außerdem wollen wir die Antidiskriminierungsstelle des Landes ausbauen, um eine starke Anlaufstelle für die Betroffenen von Diskriminierung zu schaffen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die sogenannte Kirchenklausel des Paragraphen 9 im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz reformiert wird.

## Regenbogenkompetenz im Sport erhöhen

- 25.) Werden Sie sich zukünftig dafür einsetzen, dass im Sport Antidiskriminierungsregeln, Vereinssatzungen und Stadionordnungen in der Art ergänzt werden, dass keine Person aufgrund ihrer sexuellen und/oder geschlechtlichen Identität diskriminiert werden darf und die Sportarten allen Menschen gleichsam offenstehen?**

Baden-Württemberg ist das Land des Ehrenamtes. Fast die Hälfte der Menschen engagiert sich ehrenamtlich – viele auch im Sport. Viele Menschen bringen sich gern ein, wenn sie wissen, dass ihr Engagement und ihre Person wertgeschätzt werden. Gerade der Mannschaftssport lebt von der Unterschiedlichkeit seiner Teams. Die meistens Vereine wissen daher: Vielfalt bereichert uns. Wir rufen Vereine und Verbände auch dazu auf, ihre Satzungen anzupassen und der Charta der Vielfalt beizutreten. Wir Grüne wollen einen Wandel im Sport vorantreiben und die strikte Geschlechtertrennung auflösen. Dafür wollen wir solche Projekte und Vereine besonders unterstützen, die Pionierarbeit leisten und den geschlechtergemischten Mannschaftssport normalisieren. Wir Grüne unterstützen darüber hinaus Fanbeauftragte sowie präventive Projekte im Fan- und Amateursportbereich. Gewalt, Diskriminierung und Ausgrenzung dürfen im Sport ebenso wenig wie in anderen Bereichen der Gesellschaft geduldet werden.

- 26.) Wie wollen Sie dafür sorgen, dass das Thema „Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten“ auch in Sportvereinen, Landesfachverbänden, Kreis- und Stadtsportbünden sowie weitere Sportinstitutionen ankommt?**

Das Thema Diversität ist längst im Sport angekommen. Gerade jedoch in Sportarten, die von Männern dominiert sind, sind Transphobie und Homophobie immer noch verbreitet. Wir kämpfen dafür, dass Homophobie und Transphobie in den Arenen und auf den Plätzen endgültig verschwinden. Gerade im Sport hat Transphobie und Homophobie auch mit veralteten Männerbildern von Dominanz und falsch verstandener Stärke zu tun. Gemeinsam mit den Sportvereinen und -verbänden und mit der Zivilgesellschaft wollen wir Konzepte entwickeln, um Menschenfeindlichkeit den Raum zu entziehen. Dazu gehört ein breit angelegter Aktionsplan, der den Spitzen- und Breitensport umfasst. Gerade die Jugendarbeit in Sportvereinen ist deshalb von besonderer Bedeutung. Wir unterstützen Vereine in der Antidiskriminierungsarbeit und wollen, dass Aus- und Fortbildungen von Trainer\*innen gerade auch das Thema Diversität und Inklusion aufgreifen.

## Queere Geflüchtete schützen – LSBTTIQ-inklusive Integration von Geflüchteten und Migrant\*innen sicherstellen

- 27.) Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Mitarbeitende in den Gemeinschaftsunterkünften (Sicherheitspersonal, Sozialarbeiter\*innen, Leitungen, Sprachmittler\*innen), in den Beratungseinrichtungen sowie bei der Polizei zu den besonderen Bedarfen von und zum sensiblen Umgang mit LSBTTIQ-Geflüchteten fortlaufend geschult werden?**

Mit Blick auf die haupt- und ehrenamtlichen Helfer\*innen in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften ist die Sensibilisierung zum Erkennen von Anzeichen für sexuelle Gewalt und die Schulung im Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen von besonderer Bedeutung. In diesem Zusammenhang sollte die Kooperation mit Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe, mit Frauenberatungsstellen, mit Angeboten der LSBTTIQ-Beratung sowie Gewaltschutzzentren und Fachstellen für sexuelle Gewalt gefördert und ausgebaut werden.



**28.) Wie wollen Sie LSBTTIQ-Geflüchtete vor Hassgewalt und Anfeindungen in und um Unterkünfte schützen?**

In vielen Ländern werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer geschlechtlichen Identität verfolgt. Viele von ihnen suchen Schutz in Europa, Deutschland und auch bei uns in Baden-Württemberg. Uns Grünen ist es wichtig, allen Geflüchteten mit besonderem Schutzbedarf den notwendigen Schutz zukommen zu lassen. Dazu gehört es auch, LSBTTIQ-Geflüchtete auf Hilfsangebote in ihrer besonderen Situation aufmerksam zu machen. Sie brauchen Hinweise auf externe und interne Beratungsstellen und Ansprechpersonen. Der Schutz vor Diskriminierung und gewalttätigen Übergriffen muss unter allen Umständen gewährleistet sein. Deshalb setzen wir uns für Gewaltschutzkonzepte und Mindeststandards für die Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften ein.

**29.) Wollen Sie sich in der neuen Legislaturperiode dafür engagieren, dass in Integrations- und Sprachkursen in der Verantwortung des Landes Baden-Württemberg die Lebenswirklichkeiten von LSBTTIQ ausdrücklich mit in die Unterrichtsmaterialien aufgenommen werden?**

Ja, auch in Integrations- und Sprachkursen sollten die Lebenswirklichkeiten von LSBTTIQ-Menschen selbstverständlich thematisiert werden.

**30.) Wie wollen Sie dem Thema Mehrfachdiskriminierung von LSBTTIQ-Migrant\*innen begegnen?**

Wir Grüne stehen für Vielfalt und kämpfen gegen Diskriminierung jeglicher Art. Herkunft, Hautfarbe, geschlechtliche Identität bzw. sexuelle Orientierung oder Religion dürfen kein Grund für Diskriminierung sein. Wir schreiben den Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte“ fort und setzen uns für einen Aktionsplan gegen Hasskriminalität ein. Damit können wir sowohl im gesellschaftspolitischen als auch im strafrechtlichen Bereich die passenden Maßnahmen ergreifen, um Diskriminierung und Ausgrenzung zu begegnen.

**31.) Wie wollen Sie die wenigen bestehenden fachspezifischen Anlaufstellen für LSBTTIQ in Baden-Württemberg stärken und vor allem für den Ausbau der Beratungsstrukturen sorgen?**

Wir haben als grün-geführte Landesregierung die erste TTI-Beratungsstelle in Ulm eingerichtet und eine landesweite Beratungsstruktur aufgebaut. Angebote und Beratungen, die in Städten vielfach von engagierten Institutionen angeboten werden, fehlen aber an vielen Stellen im ländlichen Raum. Wir werden deshalb ortsnahe Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ausbauen. Wo dies nicht möglich ist, wollen wir Hotlines und Online-Beratungen installieren. Wir begrüßen es, wenn sich Kommunen für die Einrichtung von Krisenwohnungen für queere Menschen entscheiden, um sie vor Gewalt zu schützen. Eine fachspezifische Beratung für LSBTTIQ-Geflüchtete muss Standard in allen Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes werden. Je früher ein besonderer Schutzbedarf festgestellt wird, umso früher kann die schutzsuchende Person passgenaue Unterstützung erfahren. Damit sollten die vorhandenen Beratungsstellen beauftragt werden. Im Zuge der Fortschreibung des Aktionsplans „Für Akzeptanz und gleiche Rechte“ wollen wir gezielt auch die Frage nach einer Weiterentwicklung der Beratungsstrukturen in den Blick nehmen.

## **Akzeptanz von Vielfalt in allen Lebensaltern verwirklichen**

*Zwischen schulischen, familiären und gesellschaftlichen Anforderungen, Erwartungen und Abhängigkeiten haben Jugendliche besondere Herausforderungen und Konflikte zu meistern. In dieser Phase fällt für LSBTTIQ zumeist ihr Coming-out. Ihre Lebenssituation wird daher zusätzlich durch den gesellschaftlichen, schulischen und elterlichen Umgang mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt geprägt. Ähnliches gilt für die Gruppe der älteren und alten LSBTTIQ. Einschränkungen von Mobilität und Gesundheit führen zu Verlust von Autonomie*

*und sozialen Kontakten, der für LSBTTIQ massive Auswirkungen hat. Sowohl die Angebote der offenen Altenhilfe als auch die ambulanten und stationären Angebote sind zumeist nicht für die Bedürfnisse und Lebenslagen älterer LSBTTIQ ausgerichtet. Das Recht auf ein angstfreies und offenes Leben sollte in allen Lebensphasen verwirklicht werden.*

**32.) Wie wollen Sie dafür sorgen, dass die Mitarbeitenden in den Einrichtungen der Altenhilfe und -pflege bereits in ihrer Ausbildung verbindliche Ausbildungsmodule zum Thema „sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Alter“ durchlaufen müssen und die Regenbogenkompetenz der Fachkräfte erhöht wird?**

Wir Grüne wollen das Qualitätssiegel „Lebensort Vielfalt“ stärken. Es prüft zahlreiche Kriterien für eine kultursensible Pflege ab. Dazu gehört, ob die Mitarbeitenden in den vergangenen drei Jahren eine Fortbildung zum Thema kultursensible Pflege besucht haben. Ein weiteres Kriterium: Aus den Stellenbeschreibungen muss hervorgehen, dass die kultursensible Pflege von LSBTTIQ-Personen Bestandteil des Aufgabenbereiches ist. Wichtig ist, dass sich junge Pfleger\*innen bereits in der Ausbildung mit diesen Themen auseinandersetzen. Gemeinsam mit den Verbänden wollen wir deshalb über Möglichkeiten sprechen, die Ausbilder\*innen dafür zu sensibilisieren, Aspekte der kultursensiblen Pflege in der Ausbildung zu vertiefen.

**33.) Wollen Sie zukünftig Modellprojekte unterstützen, die neue Wohnformen im Alter bzw. zielgruppenspezifische Wohngemeinschaften für alte und pflegebedürftige LSBTTIQ in Baden-Württemberg etablieren wollen? Falls ja, welche konkreten Ideen haben Sie dazu?**

Wir Grüne stehen für gute Pflege, egal wo sie geleistet wird. Die einen möchten so lang es geht zu Hause gepflegt werden. Andere ziehen Einrichtungen des Betreuten Wohnens vor. LSBTTIQ-Menschen haben besondere Bedürfnisse. Für sie ist die kultursensible Pflege wichtig. Beispiele wie das Arnold-Overzier-Haus in Köln zeigen, dass es möglich ist, kultursensibel auf die Bedürfnisse von LSBTTIQ-Menschen einzugehen. Wir unterstützen ein Modellprojekt für neue Wohnformen im Alter für pflegebedürftige LSBTTIQ-Menschen in Baden-Württemberg. Grundlage dafür ist, dass es von den Beteiligten gewünscht wird und gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden konzipiert werden kann.

**34.) Welche Ideen haben Sie, um Jugendliche und junge Erwachsene beim Coming-out zu unterstützen und die Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe in diesem Bereich zu professionalisieren?**

Junge Menschen sollen keine Angst mehr vor Repressalien nach ihrem Coming-out haben müssen. Dazu brauchen wir ein Klima der Offenheit und Toleranz. Wir Grüne fordern, den Masterplan Jugend für die kommenden Jahre fortzuschreiben und weiterzuentwickeln. Schon jetzt können neu entstehende Landesjugendverbände, die mehrere Ortsgruppen haben, selbstorganisierte Jugendarbeit machen und Jugendliche und junge Erwachsene beim Coming-out begleiten. Diejenigen Landesverbände, die absehbar landesweit Bedeutung erlangen können, wollen wir darin unterstützen, funktionsfähige Strukturen auf Landesebene aufzubauen. Ziel ist es, dass sie als Träger der Jugendhilfe anerkannt werden. Aber auch in den Schulen muss gesellschaftliche Vielfalt stärker thematisiert werden. Wir wollen deshalb ein Diversity-Management an Schulen verankern. Es soll von einer Lehrperson organisiert werden, die zugleich Ansprechperson für die Schüler\*innen ist. Dazu gehört auch, dass wir unser pädagogisches und psychologisches Personal im Bereich Diversität konsequent aus- und weiterbilden.

**35.) In Baden-Württemberg gibt es derzeit kein Angebot, dass zwischen den Bedürfnissen von älteren LSBTTIQ-Personen, den bestehenden Angeboten der Community und den Angeboten des Regelsystems vermittelt und sensibilisiert. Wie stehen Sie zur Etablierung einer entsprechenden Stelle auf Landesebene, die diese Aufgaben wahrnimmt und das Thema „sexuelle und geschlechtliche Vielfalt“ in die Regelstrukturen der Altenhilfe bringt?**

Wir möchten, dass die gesamte Altenhilfe kultursensibler arbeitet. Dazu gehört auch, die Lebensrealitäten älterer LSBTTIQ-Menschen zu kennen. Was uns wichtig ist: Gerade die Altenhilfe muss die Bedürfnisse aller Menschen ernstnehmen. Nur dann kann sie auf diese Bedürfnisse eingehen. Unser Ziel ist es, bestehende Strukturen und Ansprechpersonen zu stärken und für die Arbeit mit verschiedenen Klient\*innen zu sensibilisieren. Das Ministerium für Soziales und Integration ist dafür aus unserer Sicht die richtige Anlaufstelle.

## Regenbogenkompetenz in den Programmen des SWR

### **36.) Werden Sie sich für eine entsprechende Änderung des SWR-Staatsvertrags einsetzen, sodass es im Rundfunkrat des SWR zukünftig eine LSBTTIQ-Vertretung gibt?**

Ja, der Rundfunkrat des SWR soll ein breites Spektrum der gesellschaftlichen Vielfalt abbilden. Deshalb können wir uns auch eine LSBTTIQ-Vertretung im nächsten Rundfunkrat des SWR vorstellen.

## Geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen

### **37.) Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um bei medizinischen Fachkräften auf eine Bewusstseinsbildung für die spezifischen Bedürfnisse von trans\*- und intergeschlechtlichen Menschen bei der Gesundheitsversorgung hinzuwirken?**

Trans\*- und intergeschlechtliche Menschen brauchen eine sensible medizinische Betreuung. Viele haben in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen mit dem Gesundheitswesen gemacht. Diese Erfahrungen dürfen sich nicht wiederholen. Wir wollen deshalb medizinische Fachkräfte für die besonderen Bedürfnisse von trans\*- und intergeschlechtlichen Menschen sensibilisieren. Dazu wollen wir die Fürsorge und Betreuung sowie die medizinischen Besonderheiten in der Aus- und Weiterbildung verankern. Geschlechtliche Vielfalt braucht daher einen festen Platz in Ausbildung, Lehre und Fortbildung.

### **38.) Wollen Sie dafür sorgen, dass der Bereich „kultursensibler Umgang mit LSBTTIQ-Klient\*innen in Versorgung und Pflege“ in die Aus- und Weiterbildung von Mediziner\*innen und Mitarbeitenden aus Pflege- und Gesundheitsbereichen verpflichtend integriert wird? Wenn ja, wie wollen Sie dieses Vorhaben umsetzen?**

Ja, die Kompetenz im Umgang mit LSBTTIQ-Patient\*innen bzw. -Klient\*innen muss Bestandteil der Aus- und Fortbildung von Mediziner\*innen sowie von Angehörigen anderer Gesundheits- und Pflegeberufe sein. Wir Grüne wollen die kultursensible Pflege stärken, damit die Pflegekräfte besser auf die individuellen Belange von transsexuellen, transgender und intersexuellen Menschen eingehen können. Deshalb wollen wir das Thema kultursensible Pflege in der Aus- und Weiterbildung von Pflegekräften stärken und Pflegeeinrichtungen für das Qualitätssiegel „Diversitycheck“ gewinnen.

### **39.) Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die körpermedizinische, psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung für transgeschlechtliche Menschen zu verbessern, Versorgungslücken zu schließen, Zugangsbarrieren und Diskriminierung abzubauen?**

Viele Menschen – unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer geschlechtlichen Identität – leiden heute unter psychischen Erkrankungen. Deshalb müssen wir die Aufklärungsarbeit verbessern und Vorurteile gegenüber Menschen mit psychischen Erkrankungen abbauen. Es gilt, die psychotherapeutischen Versorgungslücken überall, insbesondere auch im ländlichen Raum, zu schließen und die Schnittstellen zwischen Beratung und Prävention zu stärken. Auch die Sensibilisierung für die Belange von LSBTTIQ-Menschen innerhalb des Gesundheitswesens ist uns wichtig.

## **Baden-Württemberg tritt für Vielfalt und Respekt in der Bundespolitik ein**

### **40.) Wollen Sie sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes um das Merkmal „sexuelle Identität“ ergänzt wird?**

Ja, dafür setzen wir Grüne uns nachdrücklich ein. Der Gleichbehandlungsartikel des Grundgesetzes muss endlich um ein Verbot der Diskriminierung wegen der sexuellen Identität ergänzt werden. Diesen Schutz muss das Grundgesetz auch im Wortlaut garantieren.

### **41.) Werden Sie sich im Bundesrat für eine Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts einsetzen, um die Diskriminierung von Zwei-Mütter-Ursprungsfamilien zu beenden und auch Mehrelternfamilien gesetzliche Anerkennung zu verschaffen?**

Wir Grüne setzen uns schon lange dafür ein, das Familien- und Abstammungsrecht zu modernisieren.. Jede Frau in einer gleichgeschlechtlichen Ehe sollte durch die Geburt eines Kindes automatisch Mutter werden, so wie jeder Ehemann automatisch Vater wird. Ebenso fordern wir die Möglichkeit der Mutterschaftsankennung analog zur Vaterschaftsankennung. Familien sind so unterschiedlich, wie die Menschen, die in ihnen leben. Und so ist auch unser Anspruch an das Familienrecht: vielfältigen Familienkonstellationen gerecht zu werden. Dabei stehen für uns die Kinder und ihr Wohlergehen im Mittelpunkt.

### **42.) Gegenwärtig gibt es auf Bundes- und Landesebene kein Programm zur Bekämpfung von LSBTTIQ-feindlicher Gewalt. Werden Sie sich in der neuen Legislaturperiode dafür einsetzen, dass es ein Bund-Länder-Programm gegen diese Form der Hasskriminalität gibt?**

Wir Grüne stehen fest zu den Werten unseres Grundgesetzes und verteidigen unsere Gesellschaft gegen rassistisches, rechtsextrems und menschenverachtendes Gedankengut. Deshalb werden wir im Land einen Aktionsplan gegen Hasskriminalität auflegen. Mit Herz und Haltung wollen wir Hass und Hetze entgegentreten. Wir wollen Betroffene besser unterstützen, Polizei und Justiz stärker sensibilisieren und die Strafverfolgung effektiver gestalten. Zudem wollen wir die Prävention stärken, damit es erst gar nicht zu Hasskriminalität kommt. Selbstverständlich setzen wir uns für einen vergleichbaren Aktionsplan auch auf Bundesebene ein.

### **43.) Werden Sie sich auf Bundesebene für eine menschenrechtsorientierte Reform des Transsexuellenrechts einsetzen, die die Selbstbestimmung in den Mittelpunkt stellt?**

Ja, wir Grüne setzen uns seit vielen Jahren dafür ein. Das Transsexuellengesetz ist in weiten Teilen verfassungswidrig. Dieses Gesetz ist 40 Jahre alt und entspricht nicht dem Stand der Wissenschaft. Es strotzt vor Schikanen gegenüber Menschen, die selbst und frei von Diskriminierung über ihr Geschlecht bestimmen möchten. Wir wollen das Transsexuellengesetz durch ein zeitgemäßes Selbstbestimmungsgesetz ersetzen. Dessen Leitbild soll die persönliche Freiheit sein – und nicht irgendwelche Ordnungsvorstellungen über die Geschlechter.

## **Baden-Württemberg setzt sich für die Menschenrechte von LSBTTIQ in den internationalen Beziehungen ein**

### **44.) Wie wollen Sie das Thema „Menschenrechte von LSBTTIQ“ in die internationalen Beziehungen und Entwicklungszusammenarbeit des Landes Baden-Württemberg integrieren?**

Die Wahrung der Menschenrechte ist für uns Grüne die Grundlage unserer wertebasierten Außenpolitik. Als Land Baden-Württemberg haben wir in der sogenannten „Kleinen Außenpolitik“ Länderpartnerschaften rund um die ganze Welt. Viele unserer Partnerschaften sind zivilgesellschaftliche Graswurzelpartnerschaften auf Augenhöhe. Dabei wollen wir den Einsatz für Menschenrechte und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft noch weiter stärken. Wir wollen weiterhin sicherstellen, dass Gelder aus Baden-Württemberg über Förderrichtlinien nur in Projekte fließen, welche die Friedensarbeit und den Schutz der Menschenrechte zum Ziel haben.

### **45.) In Partnerregionen Baden-Württembergs wie in Polen, Russland oder China werden die Rechte von LSBTTIQ immer wieder angegriffen und staatliche Akteure hetzen mit LSBTTIQfeindlichen Ideologien gegen Organisationen und Einzelpersonen. Wie wollen Sie zukünftig mit diesen Anfeindungen umgehen?**

Ein wichtiger Bestandteil von internationalen Partnerschaften ist es grundsätzlich, sich für Menschenrechte und die Zivilgesellschaft einzusetzen – in Europa und weltweit! Daher drängen wir in allen Beziehungen darauf, dass LSBTTIQ-Rechte wie alle Menschenrechte eingehalten werden. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, die Zivilgesellschaft in diesen Ländern zu stärken und ihr Engagement für Demokratie und Menschenrechte zu unterstützen.